

Chronik Innenpolitik 2003

zusammengestellt von
Michael Schied

- 02.01. VHP-Vizepräsident Giriraj Kishore bezeichnet Äußerungen von Premierminister A.B. Vajpayee, bei denen dieser eine engstirnige Interpretation der Hindutva-Ideologie kritisierte hatte, als „Pseudo-Hindutva“.
- 03.01. Die Unionsregierung veröffentlicht ihre Vorschläge zu Reformen in Wissenschaft und Technologie.
- 10.01. In Neu-Delhi finden die ersten Gespräche ihrer Art seit 36 Jahren zwischen Vizepremierminister L.K. Advani und den Führern des National Socialist Council of Nagaland Isak Swu und Th. Muivah statt.
- 13.01. Der Journalist der *Kaschmir Times* Syed Iftikar Gilani, der sieben Monate wegen Spionageverdachts inhaftiert war, wird freigelassen.
- 18.01. Vereidigung von Sushil Kumar Shinde (Kongress) zum Chefminister von Maharashtra.
- 27.01. Chefministerin von Uttar Pradesh Mayawati verteidigt die von weiten Kreisen als Missbrauch bezeichnete Verhaftung des Abgeordneten Raghuraj Pratap Singh unter den Bestimmungen der Antiterrorgesetzgebung.
- 29.01. Der Internationale Generalsekretär des VHP Praveen Togadia ruft zum Angriff auf Bangladesh auf. Die Minister für Kommunikation Pramod Mahajan wird im Zuge einer Kabinettsumbildung Generalsekretär der BJP und Arun Shourie übernimmt sein Ressort. Der Minister für Justiz Jana Krishnamurthy wird durch Arun Jaitley ersetzt.
- 31.01. Gemäß den vom Ministerium für Human Resource Development veröffentlichten neuen Richtlinien bedarf jegliche Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen und der Aufenthalt ausländischer Akademiker in Indien der Zustimmung durch die Regierung.
- 01.02. Führer der Opposition und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen gründen aus Protest gegen die seit zehn Jahren nicht einberufenen National Integration Council den People's Integration Council.
- 08.02. Der Führer der Hurriyat-Konferenz Syed Ali Shah Geelani wird aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen, wohingegen die Organi-

- sation zwei Tage darauf ihr Informationsbüro in der Hauptstadt Neu-Delhi schließen muss.
- 18.02. Die Regierung von Madhya Pradesh hindert unter starkem Sicherheitsaufwand Aktivisten der Hindu Jagaran Manch (HJM) am gewaltsamen Betreten des Geländes der Bhojshala-Kamal-Moula-Moschee in Dhar und verhängt tags darauf eine Ausgangssperre über die Stadt. Die letzten etwa 100 verhafteten HJM-Aktivisten werden am 14.03. von der Regierung entlassen.
- 19.02. Der frühere Staatssekretär für Inneres N.N. Vohra wird als Chefunterhändler der Regierung für Jammu und Kaschmir eingesetzt.
- 24.02. Die Regierung von Jammu und Kaschmir kündigt die Auflösung der Special Operation Group an, der aus übergelaufenen Terroristen bestehenden Sondereinheiten der Polizei.
- 26.02. Die Kongresspartei siegt in den Wahlen zum Staatenparlament von Himachal Pradesh. Durch Gewinne weiterer oppositioneller Kräfte in Meghalaya, Nagaland und Tripura geht die Unionsregierung insgesamt geschwächt aus den Wahlen hervor. Im Gebäude der Lok Sabha wird trotz des Boykotts der Oppositionsparteien das Portrait des langjährigen Führers der Hindu Mahasabha V.D. Savarkar enthüllt, wohingegen der stellvertretende Vorsitzende der Rajya Sabha, Najma Heptulla (Congress), der Zeremonie beiwohnt.
- 05.03. Das gegen die Chefministerin von Uttar Pradesh Mayawati eingebrachte Misstrauensvotum wird abgelehnt, nachdem die Opposition zwei Tage zuvor die Regierung erneut der Korruption beschuldigt hatte und dazu ein Videoband veröffentlichte, auf dem Frau Mayawati Parlamentsabgeordnete ihrer Partei auffordert, Gelder aus ihren Wahlkreisfonds an sie zu zahlen.
- 06.03. Veerbhadra Singh (Kongress) wird zum neuen Chefminister von Himachal Pradesh vereidigt.
- 07.03. In Tripura wird die Regierung unter Manik Sarakr (KPI-M) vereidigt.
- 08.03. Zwei Personen werden bei vier Anschlägen auf Erdöleinrichtungen und Polizeistationen durch Freiwillige der United Liberation Front of Assam im Unionsstaat getötet. Der All-India Christian Council veröffentlicht ein Memorandum, wonach in Gujarat die Polizei damit begonnen habe, eine Studie über die im Unionsstaat lebenden Christen, deren Einrichtungen und Vermögensstatus zu erstellen.
- 13.03. Das Oberste Gericht erklärt das von der Regierung verabschiedete Wahlgesetz als „nicht verfassungsgemäß“ und bestätigt sein auf Initiative mehrerer Nichtregierungsorganisationen zustande gekommenes Urteil vom Mai 2002, wonach Kandidaten zu den Parlamenten bei Übergabe der Nominierungsunterlagen ihr Vermögen, Strafverfahren, Schuldverpflichtungen sowie Bildungsqualifikationen offen zu legen haben. Bei einem Bombenanschlag auf einen Zug in Mumbai werden 12 Menschen getötet.

- Die Regierung kündigt die Bildung einer Kommission zur Verhinderung des Missbrauchs des Antiterrorgesetzes POTA an.
- 14.03. Die All-India Democratic Women's Association fordert eine gerichtliche Untersuchung der Polizeiübergriffe in Muthanga (Kerala), bei denen am 19.02. mehrere Stammesangehörige ums Leben gekommen waren.
- 17.03. Der Internationale Generalsekretär des VHP Praveen Togadia wird von Karnataka kommend im Unionsstaat Andhra Pradesh verhaftet.
- 18.03. Die Krise in der Regierung von Jharkhand wird mit der Vereidigung des neuen Chefministers Arjun Munda (BJP) vorerst beendet.
- 25.03. Vizepremierminister L.K. Advani macht Pakistan für die tags zuvor durch militante bewaffnete Einheiten erfolgte Tötung von 24 Personen im Dorf Narimarg (Jammu und Kaschmir) verantwortlich.
- 26.03. Der frühere Staatsminister des Inneren von Gujarat Haren Pandya wird in Ahmedabad erschossen. Das Parlament von Gujarat verabschiedet ein Gesetz, dass die „gewaltsame“ Konversion zu anderen Religionen verbietet.
- 28.03. Auf einer zweitägigen Konvention von Kongressfunktionären in Neu-Delhi behauptet Parteipräsidentin Sonia Gandhi, dass Säkularismus ein Kampf zwischen Hinduismus und Hindutva sei.
- 31.03. Frühere Anordnungen bestätigend, urteilt das Oberste Gericht, dass auf dem unter Gerichtsentscheid stehendem Gebiet der früheren Babri-Moschee von Ayodhya der Status quo erhalten bleiben müsse.
- 06.04. Der Minister für ländliche Entwicklung Shanta Kumar tritt zurück.
- 07.04. Stolz auf seine eigene Mitgliedschaft im RSS äußernd, veröffentlicht Premierminister A.B. Vajpayee eine Publikation der Regierung, in der der Gründer des RSS K.B. Hedgewar als großartiger nationalistischer und sozialer Reformers bezeichnet wird.
- 08.04. Erstmals wird der Bhojsala-Kamal-Maula-Komplex in Dhar wieder für Hindus geöffnet, nachdem der Archeological Survey of India angeordnet hatte, dass ihnen dienstags der Zutritt zu gewährt sei.
- 10.04. Das Unterhaus verabschiedet eine Resolution zum Verbot der Schlachtung von Kühen.
- 13.04. Der Internationale Generalsekretär des VHP, Praveen Togadia, wird in Ajmer (Rajasthan) verhaftet, nachdem er das Verbot des öffentlichen Tragens von Dreizacks (Trishuls) missachtet hatte.
- 21.04. Die im November 2000 eingesetzte Kommission unter Leitung des Richters V.S. Malimath unterbreitet ihre Empfehlungen zur Reform der Strafgesetzsordnung, die u.a. die Verlagerung des Unschuldsbeweises zum Beschuldigten und die Akzeptanz von Aussagen vor Polizeibeamten als gerichtliches Beweismittel vorsehen. Vizepremierminister L.K. Advani bezeichnet die angeblich sich zuungunsten der Hindus vollziehenden demographischen Veränderungen im Nordosten als „alarmierend“ und betont die Notwendigkeit des weiteren „Studiums“ dieses Trends.

- 22.04. Der Parlamentsausschuss für Verteidigung erklärt, dass 5% der nach dem Krieg in Kargil erhobenen Sondersteuer verschleudert wurden.
- 26.04. Bei einem Anschlag auf eine Radiostation in Srinagar kommen die drei Selbstmordattentäter ums Leben.
- 30.04. Der frühere Richter des Obersten Gerichts Delhi Shamit Mukherjee wird wegen Korruption bei der Vergabe öffentlichen Grundes verhaftet.
- 03.05. Eine gemeinsame Konferenz von höchsten Funktionären der RSS und der BJP in Delhi kommt überein, die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen zu verstärken.
- 06.05. Die Verabschiedung des Gesetzes über die Einführung von Quoten von 33% bei der Vergabe von Parlamentsmandaten für Frauen wird um ein weiteres Mal verschoben.
- 10.05. Treffen der Chefminister des Landes in Neu-Delhi.
- 16.05. Die Mahila Dakshata Samit ehrt Nisha Sharma für ihren fünf Tage zuvor gezeigten Mut, den fortgesetzten Mitgiftforderungen der Schwiegereltern nicht nachgegeben zu haben, und bezeichnet sie als eine Quelle der Inspiration für Tausende Frauen.
- 18.05. Vizepremierminister L.K. Advani behauptet, dass die zur Diskussion stehende Schaffung einer Unionsagentur zur Untersuchung des Terrorismus keineswegs die Macht der Unionsstaaten beeinträchtigen werde.
- 30.05. Treffen von Chefministern der vom Kongress geführten Staatenregierungen in Srinagar.
- 02.06. Die seit längerem anhaltende Hitzewelle forderte in Indien bislang 1.045 Todesopfer.
- 06.06. Der Akal Takht erklärt den im Jahre 1984 bei der Erstürmung des Goldenen Tempels von Amristar durch die indische Armee ums Leben gekommenen Führer Bhindrawale zum Märtyrer.
- 21.06. Die Regierung von Jammu und Kaschmir korrigiert Zahlen außergerichtlicher Tötungen seit Beginn der gegen die Militanten gerichteten Operationen im Jahre 1989 nach unten auf 144, wohingegen inoffizielle Quellen von 6.000 Verschwundenen berichten.
- 27.06. Ein Gericht in Vadodara (Gujarat) spricht alle 21 Beschuldigten frei, die beim Angriff auf die Best Bakery am 1. März 2002 14 Personen massakriert haben sollen.
- 07.07. Hauptzeugin Zahira Sheikh im Fall Best Bakery (siehe 27.06.) fordert die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens und sagt, dass sie unter Druck des BJP-Abgeordneten eine Falschaussage habe machen müssen.
- 12.07. Die Hurriyat-Konferenz von Jammu und Kaschmir wählt Molvi Abas Ansari zu ihrem Vorsitzenden. Der Präsident der National Conference Omar Abdullah gibt den Austritt seiner Partei aus der Regierungskoalition der NDA bekannt. Premierminister A.B. Vajpayee akzeptiert den Rücktritt des Minister für Stadtentwicklung H.N. Ananth Kumar. Repräsentanten der Dalits und der Jat-Gemeinschaft von Talhan (Punjab) unterzeichnen ein

- Abkommen, das die zwischen ihnen am 05.06. ausgebrochene Gewalt beendet.
- 14.07. Im Alter von 81 Jahren stirbt der ehemalige Chef des RSS Rajendra Singh.
- 19.07. Das Central Bureau of Investigation lässt die Anschuldigung der kriminellen Verschwörung gegen den gegenwärtigen Vizepremierminister L.K. Advani, Minister Murli Manohar Joshi sowie weitere Personen im Verfahren um die Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya im Jahre 1992 fallen.
- 21.07. 7 Pilger werden bei einem Anschlag auf den Vaishno-Devi-Schrein in der Nähe von Jammu getötet.
- 22.07. 8 Armeeeingehörige sterben bei einem Terroranschlag auf das Armeelager von Tanda nahe Jammu.
- 23.07. Das Oberste Gericht schlägt die Verabschiedung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches vor.
- 27.07. Der Chefminister von Manipur Okram Ibobi Singh entkommt einem Terroranschlag.
- 28.07. Das Oberste Gericht in Patna stellt fest, dass Kidnapping und Erpressung im Unionsstaat Bihar „alarmierende Dimensionen“ angenommen haben. Bombenanschlag auf den Busbahnhof von Ghatkopar von Mumbai.
- 31.07. Der VHP-Führer der Bewegung um die angebliche Geburtsstätte von Ayodhya, Mahant Ramchandra Das Paramhans, stirbt. Tags darauf findet im Beisein namhafter Regierungsmitglieder sowie der Führung von BJP und RSS in Ayodhya die Trauerfeier für ihn statt, bei der Premierminister A.B. Vajpayee die Erfüllung „des Traumes“ des Verstorbenen vorhersagt. Mahant Nritya Gopal Das wird in diesem Zusammenhang zum neuen Chef der Bewegung gewählt.
- 17.08. Die Führer der Kongresspartei Salve und Sathe verlassen ihre Partei wegen der Frage der Schaffung eines Unionsstaates Vidarbha und gründen eine neue.
- 19.08. Die Unionsregierung gewinnt den gegen sie eingebrachten Misstrauensantrag zur Frage angeblicher Korruption Waffenkäufen mit 312 zu 186 Stimmen.
- 21.08. Die Unionsregierung beschließt, das von Minister Rajnath Singh eingebrachte Gesetz zum Verbot der Kuhschlachtung zurückzuziehen.
- 22.08. Der Archaeological Survey of India überreicht dem Obersten Gericht von Allahabad seinen Bericht über die Ausgrabungen im Gelände der ehemaligen Babri-Moschee von Ayodhya.
- 25.08. Zwei Bombenanschläge in Mumbai, darunter einer am bekanntesten Denkmal der Stadt, dem Gateway of India, fordern 52 Tote und 178 Verletzte.
- 29.08. Der Führer der Samajwadi Party Mulayam Singh Yadav wird zum Chefminister von Uttar Pradesh vereidigt, nachdem drei Tage zuvor Frau Mayawati (Bahujan Samaj Party) zurückgetreten war.

- 01.09. Das Oberste Gericht macht den Weg zum Bau des Theri-Staudamms in Uttaranchal frei, fordert jedoch eine Entschädigung für die vom Staudamm betroffene Bevölkerung.
- 06.09. Sechs Tote bei einem Bombenanschlag in Srinagar.
- 08.09. Mit dem Eintritt der Präsidentin des Trinamool Congress Mamata Banerjee ins Kabinett ist die Partei wieder Partner der Regierungskoalition.
- 12.09. Das Oberste Gericht fordert die Regierung von Gujarat auf, die Schuldigen der Übergriffe des Jahres 2002 zu bestrafen.
- 13.09. Auf dem 125. Gründungstag der Zeitung *The Hindu* fordert Premierminister A.B. Vajpayee von der Presse „Verantwortung“ und sagt, dass sie ihre „Aufgabe bei der sozialen Transformation“ wahrnehmen solle.
- 19.09. Das CBI-Gericht von Rae Bareilly lässt die Anschuldigungen im Verfahren um die Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya gegen Vizepremierminister L.K. Advani fallen, hält sie jedoch gegen Minister M.M. Joshi, Uma Bharti und fünf weitere Beschuldigte aufrecht. Daraufhin reicht M.M. Joshi seinen Rücktritt ein, den der Premierminister jedoch am 30.09. ablehnt.
- 01.10. Der Chefminister von Andhra Pradesh N. Chandrababu Naidu überlebt ein von der People's War Group ausgeübtes Attentat.
- 07.10. Das Central Bureau of Investigation beschuldigt den Chefminister von Chhattisgarh Ajit Jogi der Urkundenfälschung.
- 11.10. Vizepremierminister L.K. Advani, der zwei Tage zuvor Defizite im Strafrechtssystem anmahnte, betont, dass die Ideologie der RSS und der BJP die Nation „vereint und stärkt“.
- 17.10. Der VHP führt in Ayodhya ohne größere Zusammenstöße mit der Regierung seine Zeremonie zum Bau eines Ram-Tempels durch, nach dem sich BJP, VHP und die Regierung über die Durchführung des Programms einigen konnten.
- 28.10. Premierminister A.B. Vajpayee ruft während seiner Besuchsreise nach Nagaland extremistische Organisationen auf, der Gewalt abzuschwören. Samata Präsident George Fernandes und der Chef der Janata Dal (United) Sharad Yadav geben den Zusammenschluss ihrer Parteien bekannt.
- 29.10. Das Oberste Gericht von Delhi spricht zwei der Hauptbeschuldigten des Angriffs auf das Parlament im Dezember 2001, Syed A.R. Geelani und Afsan Guru, frei, hält hingegen die Todesstrafe gegen die beiden anderen aufrecht.
- 07.11. Das Parlament von Tamil Nadu verurteilt fünf Journalisten der Zeitung *The Hindu* wegen einer Serie im April d.J. erschienener Artikel zu 15 Tagen Haft.
- 12.11. Elf Monate vor Ablauf der Legislaturperiode wird das Parlament von Andhra Pradesh aufgelöst.
- 23.11. Die Aufnahmeprüfungen ins Indian Institute of Management werden widerrufen, nachdem sechs Personen verhaftet wurden, die die Fragebö-

- gen im Vorfeld der Tests kommerziell vertrieben hatten. Der Unionsminister und Führer der DMK Murasoli Maran stirbt in Chennai.
- 24.11. Das Oberste Gericht spricht die Chefministern Jayalalitha der Korruption im Falle des Landkaufs vom Staatsunternehmen Tamil Nadu Small Industries Corporation Ltd. mangels Beweisen frei.
- 27.11. Satyendra Kumar Dubey, stellvertretender General Manager des Autobahnprojekts in Bihar/Jharkhand, wird erschossen, nachdem er in einem an Premierminister A.B. Vajpayee gerichteten Brief über Misswirtschaft und Korruption bei dem Bauvorhaben berichtet hatte.
- 28.11. Die Regierung von Bengalen verbietet das jüngste Buch der Schriftstellerin Taslima Nasreen Dwikhandita.
- 01.12. Aus den Wahlen zu den Parlamenten in vier Unionsstaaten geht die BJP insgesamt gestärkt hervor. In Rajasthan, Madhya Pradesh und Chhattisgarh löst die Partei Congress-Regierungen ab, wohingegen sich die Kongresspartei in Delhi mit leichten Verlusten behauptet.
- 06.12. Bei kommunalistischen Ausschreitungen in Hyderabad sterben sechs Menschen.
- 07.12. Im Beisein von Vizepremier L.K. Advani wird in Kokrajhar der Interim Bodoland Territorial Council vereidigt. In der Hauptstadt von Chhattisgarh übernimmt der neue Chefminister Raman Singh (BJP) die Amtsgeschäfte.
- 08.12. Vereidigung von Vasundhara Raje (BJP) und Uma Bharti (BJP) zu Chefministerinnen der Unionsstaaten Rajasthan bzw. Madhya Pradesh.
- 13.12. In der ersten Rede eines Präsidenten der Kongresspartei vor der Aligarh Muslim University seit 41 Jahren hebt Sonia Gandhi die Werte eines liberalen indischen Nationalismus hervor.
- 16.12. Trotz des Boykotts der Opposition verabschiedet das Unterhaus eine Ergänzung zum Antiterrorgesetz, das dessen Missbrauch verhindern soll. Sheila Dikshit (Congress) wird Chefministerin von Delhi.
- 18.12. Zwei Tage nach der Verhandlung im Unterhaus verabschiedet das Oberhaus die 91. Verfassungsergänzung, die Parteiübertritte von Abgeordneten begrenzt und die Stärke von Ministerposten auf 15% der Stärke des Parlamentes reduziert.
- 20.12. Die Dravida Munnetra Kazhagam erklärt ihren Austritt aus der Regierungskoalition der NDA.
- 29.12. Die Marumalarchi Dravida Munnetra Kazhagam verlässt die NDA-Regierungskoalition.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2004

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

Beate Bergé	Peter Lehr
Joachim Betz	Hans Christoph Rieger
Dirk Bronger	Jakob Rösel
Jona Aravind Dohrmann	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Jörg Joswiak	Günter Schucher
Clemens Jürgenmeyer	Christian Wagner
Pia Kleis	Johannes Wamser
Elena Koch	Hans-Georg Wieck
Heinrich Kreft	Wolfgang-Peter Zingel
Oliver Lamprecht	



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-306-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

<p>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).